Morgen-Ausgabe
No. 111. — 57. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Zweites Beiblatt
Sonntag, 7. März 1909

Der Eisenbahnetat.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses

setzte am Freitag Abend die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung bei den dauernden Ausgaben fort. Auf eine Anfrage berichtete der Minister, die Zentralverwaltung, die sich jetzt in einem Mietshause befindet, soll in ein eigenes Gebäude am Tempelhofer Ufer in der Nähe der Eisenbahndirektion Berlin verlegt werden. Auf eine Beschwerde, daß Erfinder für technische Einrichtungen ungenügend beschieden werden, erklärte der Minister, daß die Prüfung von angebotenen Erfindungen durch die Zentralverwaltung nur auf Antrag des Ministeriums geschehe, daß aber das Ministerium sich vorbehalte, gewisse Erfindungen auch seinerseits durch Sachverständige zu prüfen. Bescheide sollen regelmäßig erteilt werden. — Einen breiten Raum in der Diskussion nahm

die Besprechung der Arbeiterverhältnisse

ein. Es wurde beklagt, daß die Rottenarbeiter nicht genug Urlaub haben, daß zwar viele von ihnen sich in freier Luft befinden, eine große Zahl aber sich in den Bahnhöfen, in Rauch und schlechter Luft aufhalten müssen. Auch wurde die Bildung weiterer Arbeiterausschüsse verlangt.

Von anderer Seite jedoch wurde der Minister ersucht, nicht noch weiteren Anreiz durch Besserstellung der Arbeiter dahin zu geben, daß die Arbeiter der Landwirtschaft entzogen würden und zur Bahnverwaltung gehen. (Echt agrarisch!) Der Urlaub solle jedenfalls ohne Rechtsanspruch darauf gewährt werden, und zwar

nur zur Zeit der Ernte. (!!)

Auch die Werkstättenarbeiter sollten ihren Urlaub, der berechtigt wäre, ohne Rechtsanspruch erhalten. Ferner sollten Arbeiterausschüsse nur, so weit es dringend notwendig ist, errichtet werden, da sie sich zu Organisationen auswachsen, die leicht zu Ueberforderungen und Streiks führen können. Es sei besser, die Arbeiter verhandelten direkt mit ihren Vorgesetzten.

Es wurde ferner eine Anzahl von Forderungen des Trierer Verbandes vorgetragen, die als Ueberforderungen bezeichnet wurden. Man sei im Entgegenkommen schon zu weit gegangen, die Eisenbahnverwaltung müsse „Herr im Hause" bleiben. Die Forderung der Abschaffung von Akkordarbeit sei abzuweisen, die Eisenbahnwerkstätten arbeiteten schon teurer als die Industrie. Die Arbeiter würden träge werden, keinen Anreiz zu besseren Leistungen haben und sich als Pensionäre fühlen. (Sehr sozial empfunden! Red.) Die Arbeiter müßten die Empfindung behalten, daß sie Untergebene seien.

Der Minister erwiderte, die Arbeiter werden

ausreichend ausgenutzt,

nur die Art der Arbeit lasse es manchmal so erscheinen, als wenn sie untätig wären. Die Eisenbahnarbeiter werden besser ausgenutzt, als bei irgend einer anderen Verwaltung. Man soll auch in keinem Fall körperliche und geistige Arbeit überspannen, sie andererseits aber auch nicht zu sehr schonen. Der Urlaub dürfe allerdings nicht auf einem Rechtsanspruch beruhen. Dagegen habe er im allgemeinen gute Erfahrungen mit dem Arbeiterausschusse gemacht. Zwar brächten die Ausschüsse häufig Forderungen auf Aufbesserung der Löhne, aber wenn in den Ausschüssen die wahren Vertrauensleute der Arbeiter säßen, wäre es leicht, ihnen die Unmöglichkeit (?) klar zu machen, Uebergriffe seien durchaus selten. Die Beschwerde, als gäbe er den Arbeitern zu häufig Audienzen, könne er nur dahin beantworten, daß er, wenn diese Audienzen vorher angemeldet sind und er sie als nützlich betrachte, gute Erfahrungen damit gemacht habe. Die Akkordarbeit könne nicht entbehrt werden. Lohnfestsetzungen müssen ohne Mitwirkung der Ausschüsse geschehen. Die Verwaltung folge den Löhnen des offenen Marktes, (?) gehe ihm aber niemals voran.

Bei den sächlichen Ausgaben entwickelte sich eine umfangreiche Debatte über den Wert der Holz- und Eisenschwellen. Der Minister erklärte, daß beide Arten ihre Vorzüge haben und weiter berücksichtigt werden sollen. Bezüglich der Dienstwohnungen erklärte der Minister, daß das Bedürfnis für Unterbeamte groß sei. Es solle für die Folge vermieden werden, zu große Häuser zu bauen, obgleich diese sich billiger gestalten. Auf die Bemerkung, daß für Kohle und Eisen trotz der rückgängigen Konjunktur höhere Preise eingesetzt sind, bemerkte der Minister, daß er gezwungen war, in ungünstiger Zeit dreijährige Verträge abzuschließen, es gleiche sich aber mit den früheren Abschlüssen einigermaßen aus. — Ein Antrag geht dahin, eine Behörde zu schaffen, die

Streitfälle zwischen dem Eisenbahnfiskus

und den Gemeinden beziehungsweise Privaten entscheiden soll. Bisher sei der Eisenbahnminister in eigener Sache Partei und Richter. Die Kommission beschloß, den Antrag einer besonderen Kommission zu überweisen.

Von den vorliegenden Petitionen ist zu erwähnen, daß für die Folge Arbeiterfahrkarten auf Entfernungen von über 50 Kilometer nicht ausgegeben werden sollen. Ferner eine Petition des Magistrats der Stadt Stolp (Pommern) betreffend Uebertragung der Versorgung des dortigen Staatsbahnhofs mit elektrischem Strom zu Beleuchtungs- und Kraftzwecken. Der Minister gab hierbei eine Schilderung der Vorgänge, die zu einem

Strafantrag des Kriegsministers

und seiner selbst geführt haben. Ein Herr v. Zitzewitz hatte im Jahre 1905 den elektrischen Strom für Kraft und Licht à 10 Pfennig pro Kilowattstunde offeriert, Stolp dagegen für 28 bis 25 Pfennig für Licht, 18 Pfennig für Kraft. Diese Forderung hatte Stolp später auf 20 bis 18 Pfennig für Licht, 16 Pfennig für Kraft ermäßigt, und endlich im Laufe der Verhandlungen im Jahre 1907 auf 15 bis 12 Pfennig für Licht und 8 Pfennig je nach Art der entnommenen Menge. Das Elektrizitätswerk des Herrn v. Zitzewitz war inzwischen eine Genossenschaft geworden und war immer noch bei dem offerierten Preise geblieben. Erst ganz zuletzt bei den Verhandlungen hat der Magistrat Stolp gleichfalls zu 10 Pfennig die Kilowattstunde offeriert. Die Offerte sei aber abgelehnt worden, weil bei gleichem Preise die Genossenschaft „vielen landwirtschaftlichen Betrieben nützen könnte", die Stadt Stolp aber „nur Zwischenhändler" war, weil sie den Strom aus einem fremden Elektrizitätswerk à 6 Pfennig beziehen konnte, und „nur an der Verbrauchsstelle umformte". Während der Verhandlungen hatte die Stadt Stolp wiederholt den Eisenbahnminister und den Kriegsminister verdächtigt, daß sie ihren Einfluß zugunsten des Herrn v. Zitzewitz, der ein Vetter des Kriegsministers ist und ein Verwandter des früheren Justizministers ist, gemißbraucht habe. Inzwischen sei der Vertrag mit der Genossenschaft abgeschlossen, und an dieser Tatsache könne nichts mehr geändert werden. Die Kommission beschloß über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Nächste Sitzung Dienstag: Extraordinarium des Eisenbahnetats.

Lokales.

Ein Winteridyll.

Während man im Inneren Berlins mit den Schneemassen schon etwas aufgeräumt hat und in den Straßen eine lauere Luft um die Gesichter streicht, breitet sich draußen über den Feldern, so weit das Auge reicht, noch eine weiße, lichte Hülle aus, die in der Ferne vom dunklen Wald umrahmt wird, und ein scharfer Wind pfeift durch die brummenden Telegraphendrähte. Vereinzelte Menschen, die durch die verschneiten Feldwege waten, heben sich in scharf umrissener Linie von dem fast blendenden Leuchten der Schneedecke ab. Ebenso ein Bauersmann mit seinem braunen Rößlein, das in einem hoch mit Stroh bepackten Korbschlitten, in dem eine hübsche junge Frau mit ihrem Baby sitzt, spielt der Familienvater Pferdchen. Aber er macht kein heiteres Gesicht, ist nicht so vergnügt wie die Frau, die ja seine brummige Miene nicht sieht — vielleicht schiebt das Dienstmädchen nicht genug, das hinten am Schlitten den Spazierstock des Herrn eingestoßen hat. Selbst die Wasserarbeiter vor der einsamen Wirtschaft, die über den Deckel der Wasserleitung ergrimmt sind, der unter der Schneedecke Versteckspiel treibt, bringt dies vorüberziehende Familienidyll wieder in Laune.

Arbeits im Schnee hocken verloren drei schwarze Raben. Beim Heransausen der Elektrischen fliegen sie auf und schwingen sich zum Waldrand hinüber. Staubfeine Schleier stieben aus den Zweigen nieder, auf die sie sich schaukelnd setzen. Aber außer diesen drei schwarzen Gesellen scheinen große Schwärme von weißen Vögeln überall in den schwarzgrünen Wipfeln der Kiefern sich niedergelassen zu haben, in denen weit versprenkelt dicke Schneetupfen lagern. Auf den gebahnten Waldwegen, die rechts und links von bröckelnden Schneekämmen eingesäumt sind, knirscht es leise unter den Sohlen. Tief im Wald liegt lautlose Stille. In der Ferne verstummt eine Glocke, die den Sonntag eingeläutet hat, ein klägliches Vogelzirpen, ein antwortendes kurzes Rollen, dann wieder tiefes Schweigen.

Von verhaltenem Leuchten glänzt die mattblaue Luft über den nackten Birkenspitzen. Durchsichtiger blauer Nebelduft hängt in den Wegen zwischen den fernen hohen Kiefernstämmen. Unten aber unter den Wipfeln fährt die Sonne zwischen den langen Parallelschatten mit breitem Goldpinsel über die schwere Schneedecke hin, daß es nahe vor den Augen in bunten, zartem Geglitzer wie von verstreuten Geschmeiden aufflimmert bei jedem Schritt. Ueberrascht und gebannt aber hält man den Fuß an, wenn einige vierzig Schritt entfernt ein Reh oder gar zwei in größter Ruhe am Boden hinschnuppern und den Schnee aufscharren. Ein schönes Bild, das man am Abend noch besser betrachten kann. Dann kommen die Tiere ohne jede Scheu in einem kleinen Rudel aus dem Wald heraus und machen sich über die im freien Felde in Haufen eingescharrten Rüben her.

Berlin und die Eingemeindungsfragen.

Die Magistratskommission für Eingemeindungsfragen trat gestern vormittag vor Beginn der außerordentlichen Magistratssitzung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirschner zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Bürgermeister Dr. Reicke berichtete über die Anlage des Tempelhofer Feldes. In der allgemeinen Aussprache, die sich daran schloß, kam die Meinung zum Ausdruck, daß durch die Erklärungen der Regierungsvertreter im Brandenburgischen Provinziallandtag und im Abgeordnetenhaus die Eingemeindungsfrage gegenwärig im wesentlichen geklärt sei, und daß Berlin jetzt wisse, woran es sich zu halten habe. Es wurde ferner mitgeteilt, daß der Erlaß an die Vorortgemeinden, auf den sich der Oberpräsident v. Trott zu Solz in seiner Erklärung bezog, bereits unter dem Minister des Innern v. Hammerstein ergangen und unter Herrn v. Bethmann-Hollweg wieder in Erinnerung gebracht worden sei. Auf keinen Fall enthalte aber dieser Erlaß ein Verbot an die Gemeinden, mit Berlin über Eingemeindungsfragen zu verhandeln, sondern gebe lediglich dem abwartenden Standpunkt der Regierung Ausdruck, den sie nicht nur gegenüber solchen Eingemeindungsbestrebungen, sondern auch gegenüber den Stadtverdungswünschen der Vororte einnehme. Zu einem Beschluß kam es in der gestrigen Sitzung der Berliner Eingemeindungskommission noch nicht; die Beratungen sollen fortgesetzt werden. Es kann aber schon jetzt als feststehend erachtet werden, daß Berlin „unbeirrt" um Gegenströmungen seine Ziele verfolgen wird, und wenn Minister v. Moltke es betonte, daß ihm von der Absicht Berlins, das Tempelhofer Feld zu erwerben, amtlich noch keine Mitteilung gemacht worden sei, so wird diese formelle Lücke in naher Zeit ausgefüllt werden.

Eine neue „Millionenbrücke"

wird Berlin erhalten. Der seinerzeit von den Gemeindebehörden Berlins genehmigte Entwurf für das Ueberführungsbauwerk über die Ringbahn in Moabit im Zuge der Puttlitzstraße und Föhrerstraße zur Verbindung des Weddings mit Moabit hatte die Zustimmung des Ministers der öffentlichen Arbeiten nicht gefunden. Der Minister forderte vielmehr eine so weitgehende Beseitigung der Zwischenstützen, daß eine die Eisenbahn weit überragende Trägerordnung ähnlich wie bei der Brücke über dem Bahnhof Gesundbrunnen (Millionenbrücke) hätte gewählt werden müssen. Die Verhandlungen haben schließlich dazu geführt, einen viergleisigen Ausbau der Ringbahn und eine Erweiterung der Bahnhofsanlagen an der Puttlitzstraße zu ermöglichen. Dieses neue Projekt hat jetzt die Genehmigung des Ministers gefunden, bedarf aber nun noch der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Die Kosten dieses neuen Entwurfs, der vom Stadtbaurat Krause stammt, sind um 90,000 Mark höher als die des ersten und schließen nach dem Anschlag mit 1,390,000 Mark ab. Diese Summe übertrifft noch die Kosten der ersten „Millionenbrücke", die im Zuge der Swinemünder- und Bellermannstraße über den Bahnhof Gesundbrunnen führt.

Berlin und die „Große Berliner".

Die vertraulichen Besprechungen, von denen, wie berichtet, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der „Großen Berliner", Geheimer Kommerzienrat Arnhold gestern Mitteilung machte, sind von dem Generaldirektor Micke und Oberbürgermeister Kirschner schon seit langer Zeit geführt worden. Eine mit dem Gange der Verhandlungen vertraute Persönlichkeit im Roten Hause äußerte sich folgendermaßen:

Die persönlichen Verhandlungen wurden so geheim geführt, daß nur wenigen Eingeweihten etwas von der Tatsache überhaupt bekannt war. Selbst im Magistrat hatten nur wenige Stadträte eine Ahnung von den Dingen, die sich hinter den Kulissen abspielten. Von den Stadtverordneten waren nur die Führer der führenden Fraktionen eingeweiht. Die Vorsicht, mit der diese Angelegenheit von dem Berliner Magistratschef behandelt wurde, beweist die Tatsache, daß die Zusammenkünfte zwischen den beiden leitenden Persönlichkeiten von Stadt und Straßenbahn nicht im Rathause, sondern in der Privatwohnung des Oberbürgermeisters stattfanden. Einer Verständigung zwischen Stadt und Straßenbahn redet auch jetzt noch ein Teil der Berliner Stadtverordneten das Wort, und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue Vermittelungsvorschläge an den Oberbürgermeister herantreten. Im Grunde genommen sind die Dinge, soweit sie die Aenderung des Vertrages zwischen Stadt und Straßenbahn betreffen, immer in Fluß gewesen. Die ersten vertraulichen Verhandlungen, über deren Abbruch Oberbürgermeister Kirschner seinerzeit in der Verkehrsdeputation Mitteilung machte, bildeten eigentlich nur ein Vorspiel; denn nachdem der Denkschriftenkampf über die Tunnelprojekte beendet war, fand eine neue persönliche Annäherung zwischen den Herren Kirschner und Micke statt. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß auch die jetzt noch schwebenden Verhandlungen ein Resultat haben werden. Es handelt sich, und daran muß festgehalten werden, lediglich um eine rein persönliche, unverbindliche Aussprache, gewissermaßen um ein vorsichtiges Fühlungnehmen, ein Sondieren der Möglichkeiten, auf die hin eine Verständigung vielleicht erzielt werden kann. Es fragt sich nur, ob auch die maßgebenden Körperschaften mit den Grundzügen dieser Verständigungsaktion einverstanden sein werden.

Verhaftete Ausstellungsschwindler.

Wie die „Ständige Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie" mitteilt, sind soeben in Wien zwei internationale Ausstellungsschwindler verhaftet worden. Sie forderten Geschäftsleute zur Beschickung von Winkelausstellungen in Brüssel und Paris auf, sicherten ihnen den Grand Prix nebst ordensähnlichen Ehrengeschen 2c. zu und nahmen ihnen für wertlose Diplome und Medaillen, die im voraus zu honorieren waren, sowie für Plakatiete ihr Geld ab, gelegentlich entlockten sie ihnen auch Waren. Erst nach Abschluß des fragwürdigen Geschäfts erfuhren die Geschädigten, daß sie Schwindlern zum Opfer gefallen waren. Einer der Betrüger gab sich unbefugterweise auch als Vertreter der nächstjährigen Wiener Internationalen Jagdausstellung aus; deren Generalkommissariat kam aber dem Schwindel auf die Spur und veranlaßte die Festnahme auf frischer Tat. Inzwischen hat auch den Genossen, der vom Wiener Sicherheitsbureau verhaftet wurde, sein Schicksal ereilt. — Den heimischen Gewerbetreibenden kann gegenüber Agenten ausländischer Ausstellungen nur immer wieder größte Vorsicht anempfohlen werden.

Kleine Notizen. Heute feiert der Schuhmacher Herr Wilhelm Schlüter, Oranienstraße 168, sein 50jähriges Schuhmacher- und gleichzeitig sein 40jähriges Gesellenjubiläum.

Berliner Einbrecher auf Reisen. Die Berliner Einbrecher, die, wie wir seinerzeit meldeten, in Gnesen und Posen größere Juwelendiebstähle verübten, sollen zu ihrer Aburteilung nach Posen transportiert werden. Den in Gnesen ausgeführten Einbruch haben die Diebe bisher geleugnet. Es sind aber hier viele Goldwaren und ein auf 5000 Mark lautendes Sparkassenbuch bei einem Fremde der Einbrecher entdeckt und beschlagnahmt worden. Die Goldwaren sind inzwischen von der Berliner Polizei nach Posen geschickt worden, wo der bestohlene Gnesener Juwelier einen großen Teil als sein Eigentum reklamiert hat. Das Sparkassenbuch haben die Geschädigten mit Arrest belegen lassen.

Geldschrankknacker an der Arbeit. Ein Geldschrankeinbruch wurde in der gestrigen Nacht in dem Hause Jerusalemerstraße 10/11 verübt. Dort befindet sich die Hutschmuckfabrik von Basch u. Peyke im vierten Stock des Vorderhauses. Am Freitag abend nach Schluß des Geschäftes drangen Einbrecher mit einem Nachschlüssel in das Haus ein. Auf dem Flur des obersten Stockwerkes erbrachen sie zwei eiserne Türen mit Stemmeisen und gelangten in die Geschäftsräume der Fabrik. Im Kontor bohrten sie den Geldschrank an und schnitten ein Stück heraus. Dann wurde der Tresor gesprengt. Die Einbrecher erbeuteten etwa 800 Mark. Ein Scheckbuch über 800 Mark lag in einem anderen Behälter und wurde von den Dieben nicht gefunden. Eine Arbeiterin, die gestern morgen Waren abliefern wollte, entdeckte den Einbruch.

Die Handwerkskammer zu Berlin beabsichtigt, in den Tagen vom 8. bis 10. März d. J. einen Kursus im Linoleumlegen zu veranstalten. Die theoretische Ueberweisung wird abends von 8 bis 10 Uhr im Geschäftsgebäude der Firma Poppe u. Wirth, Gertraudtenstraße 26, die praktischen Demonstrationen werden zu einer noch festzusetzenden Tageszeit, voraussichtlich vormittags stattfinden. Die Teilnehmergebühr beträgt 2 Mark. Meldungen sind unter Beifügung der Gebühr an die Handwerkskammer, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 47, I zu richten.

Der Berliner Arbeiterverein (1862) veranstaltet am Montag, 8. März, abends 9 Uhr im Vereinslokal, Oranienstraße 69 eine Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Max Schütte über „Die Entwickelung der französischen Revolution". 2. Aussprache.

Der sechste ordentliche Bezirkstag des Vereins der Deutschen Kaufleute, Bezirksverband Brandenburg, findet heute im Verbandshause des Deutschen Gewerbevereins, Greifswalderstraße 221/223 statt. Mit einem Vortrage des Herrn Siegfried Aufhäuser über „Die Lehrlingsfrage im Handelsgewerbe" wird die Tagung um 11 Uhr vormittags eröffnet werden. Nachmittags um 1/3 Uhr beginnen interne Verhandlungen, zu denen alle Mitglieder des Vereins der Deutschen Kaufleute und des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine Zutritt haben.

Der Demokratische Verein Rixdorf-Britz veranstaltet eine außerordentliche Generalversammlung am Montag abend 8½ Uhr in der Vereinsbrauerei, Hermannstraße 219. Tagesordnung: Der Parteitag der Demokratischen Vereinigung am 12. April d. J. in Berlin.

Gutschein

Gültig bis 31. März 1909

für eine Familien-Anzeige bis zu 10 Zeilen Umfang oder eine „Kleine Anzeige" mit einem Stichwort als fette Ueberschrift und höchstens 20 Wörtern. Ausgeschlossen sind Stellen-Gesuche und -Angebote sowie Anzeigen für den Arbeitsmarkt, ferner geschäftliche Empfehlungsanzeigen u. Heiratsgesuche

Der Text ist auf der Rückseite niederzuschreiben. Die Anzeigen werden von allen Geschäftsstellen dieses Blattes entgegengenommen.

Berliner Volks-Zeitung